

Vettweißer Bürgerbrief

spdov-vettweiss.de

Nr. 125
August 2018
Auflage: 5000 Stück



Was Vettweißer Bürger wollen...

Herzlichen Dank zunächst einmal, dass so viele von Ihnen sich im Frühjahr die Zeit genommen haben, unseren Fragebogen zur Dorfentwicklung und zur Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans zu beantworten. Die Auswertung brachte sehr viel Arbeit mit sich, die sich jedoch absolut gelohnt hat, denn es sind sehr deutliche Ergebnisse und Ansichten erkennbar, die wir Ihnen verdanken. Wie versprochen werden wir alles daran setzen, aus diesen Erkenntnissen greifbare Politik für Sie zu machen. Schauen Sie in den nächsten Monaten doch mal bei den Rats- oder Ausschusssitzungen vorbei. Sie werden vermutlich einige Ihrer eigenen Wünsche und Forderungen in unseren Anträgen wiederfinden.

Damit Sie auch vorab einen Eindruck davon gewinnen können, wie die Ergebnisse der Auswertung aussehen, möchten wir die wichtigsten Punkte hier kurz zusammenfassen.

Nahezu alle Einsender/innen lieben die ruhige Lage ihres Wohnortes, die Natur, die Gemeinschaft im Dorf und das Vereinsleben. Hierin sehen Sie alle die größten Stärken Ihrer Ortschaften. Allerdings benennen Sie auch deutlich die Schwächen, die Sie stören, oder Ihnen das Leben schwerer machen. Hier werden hauptsächlich schlechte Parkmöglichkeiten, sowie fehlende Einkaufsmöglichkeiten und nicht vorhandenes Bauland in den Ortschaften genannt. Viele Einwohner befürchten auch, dass ihre Orte zu Schlafdörfern



werden könnten, wenn Neubürger nicht in die Gemeinschaft integriert werden können. An herausragender Stelle der Schwächen sehen Sie mit 66,7 % die Anbindung Ihrer Ortschaften an den öffentlichen Nahverkehr. Hierbei ist deutlich erkennbar, dass viele von Ihnen den ÖPNV gern nutzen würden, sofern das Angebot verbessert würde.

Beim Thema „Soziale Infrastruktur“ gibt die Auswertung zu erkennen, dass die Angebote für Kinder, Jugendliche und Senioren, weit überwiegend von den Vereinen stammen. Viele Angebote sind hier aber offenbar nicht über die Ortschaften hinaus bekannt. Es wäre also notwendig, Angebote, die für alle zugänglich aber nicht in allen Ortschaften vorhanden sind, besser bekannt zu machen.

Kritisch sehen Sie die Einkaufsmöglichkeiten in den kleineren Orten. Viele wünschen sich einen Tante-Emma-Laden zurück, geben aber gleichzeitig an, die vorhandenen fahrenden Einkaufsmöglichkeiten kaum zu nutzen, da sie zu teuer und zu kundenunfreundlichen Zeiten unterwegs seien. Die Erwartungen an das Einkaufsangebot im Hauptort Vettweiß sind angesichts des bereits bestehenden Angebots höher. Hier wünscht man sich zusätzliche Angebote, wie beispielsweise eine zuverlässige Post, ein (Eis-)Café, ein Bekleidungsgeschäft, oder einen Baumarkt.

In der medizinischen Versorgung haben sich offenbar viele Bürger bereits daran gewöhnt, selbst zu Hausarztbesuchen Fahrtwege in andere Gemeinden in Kauf zu nehmen. Einem mobilen oder telemedizinischen Angebot stehen rund 40% der Einwohner aufgeschlossen gegenüber.

Viele der Einsender/innen geben an, dass sie den demographischen Wandel in ihren Ortschaften bereits erleben. Als Folge befürchtet man Leerstand und Überalterung der Gemeinschaft, bis hin zu einem Aussterben der Vereine. Um die befürchteten Folgen zu mindern, wünscht man sich hauptsächlich Angebote an Familien, wie z.B. Kita-Plätze, Schaffung von Gewerbeflächen und Arbeitsplätzen, Bauland und bezahlbaren Wohnraum.

Für diese Forderungen und Ideen werden wir einstehen.

Wir versprechen Ihnen nicht, dass wir alle Ihre Wünsche umsetzen werden. Das können wir leider nicht. Dazu fehlt uns die im Rat nötige Mehrheit.

Außerdem möchten wir nichts versprechen, was nachher vielleicht an den klammen Kassen scheitert. Was wir Ihnen aber versprechen können ist, dass Ihre Wünsche für uns weiterhin an erster Stelle stehen werden und dass wir unser Bestes geben werden, um die Ortschaften der Gemeinde nach Ihren Wünschen zu gestalten.

(A.K.)

Baukindergeld

Die Förderung des Ersterwerbs von Neubau und Bestand durch Baukindergeld wird auf den Zeitraum 01/2018 – 12/2020 begrenzt. Wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart, wird die Höhe des Baukindergelds 1.200 € je Kind und Jahr betragen und für einen Zeitraum von 10 Jahren gewährt.

Das Baukindergeld orientiert sich damit nicht an einer bestimmten Wohnungsgröße, sondern wird unbürokratisch und flächendeckend bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 € zu versteuerndem Einkommen/Jahr zzgl. 15.000 €/Kind gezahlt. Für nähere Auskünfte haben wir gebeten, dass die Gemeindeverwaltung hier beratend zur Verfügung steht. (JüRu)



Warum nicht gleich so?

Im Rahmen der Diskussion über die Aufstellung von Mitfahrbänken hatte die SPD-Vettweiß einen Ausbau der bestehenden Flüchtlingsbuslinie bevorzugt. Uns erschien eine Ausdehnung dieser Buslinie sinnvoller als einfach Bänke aufzustellen, wo keiner weiß, wann jemand kommt und wo man Wind und Wetter ausgesetzt ist. Die Sponsorengelder hätte man besser verwenden können als für diese Bänke. Dies wurde natürlich durch die CDU anders gesehen und in der Ratssitzung vom 30.08.2017 selbstverständlich abgelehnt. Man wollte diese Mitfahrbänke um jeden Preis, die Möglichkeit der Anfahrt der Bänke durch den Flüchtlingsbus wurde erst einer Prüfung unterzogen. So gingen Monate ins Land, bis vor kurzem die Besinnung zum Sinnvollen nachzulesen war. Es wurde durch die Gemeinde auf Homepage und Facebook verkündet, dass die Mitfahrbänke jetzt in die Flüchtlingsbuslinie einbezogen werden und jeder dort mitfahren kann.

Aber warum nicht direkt?

Und warum werden nur die Mitfahrbänke in Kelz, Ginnick und Vettweiß angefahren? Dabei ist zumindest die Mitfahrbank in Ginnick nicht zielführend.

Warum scheut man sich davor, die Mitnahme von anderen Bürgern außer Flüchtlingen, in den Fahrplan der Busse einzubeziehen?

Dafür benötigt man keine Mitfahrbänke, die unnötige Kosten verursachen, dafür muss man einfach nur die vorhandenen Bushaltestellen anfahren, die auch schon überdacht sind.

Es könnte so einfach sein, wenn man sich die Anträge genauer ansehen würde, bevor man dagegen stimmt, nur, weil es ein Antrag der SPD ist.

So kommt man nicht voran in der Gemeinde.

Wir haben eine solche „offene“ Tour mal an einem Dienstag getestet, die dann wie folgt aussehen könnte:

Abfahrt Rathaus 10.00 Uhr

- 10.10.Uhr Mitfahrbank KELZ
- 10.20 Uhr Bürgerhalle LÜXHEIM
- 10.25 Uhr GLADBACH, Bushaltestelle „Panne Gret“
- 10.35 Uhr MÜDDERSHEIM, Disternicher Weg 1
- 10.40 Uhr MÜDDERSHEIM, Kirche
- 10.45 Uhr VETTWEISS, Mitfahrbank Rathaus
- 10.50 Uhr 1. Halt Vettweißer Tisch
- 11.00 Uhr GINNICK, Mitfahrbank
- 11.05 Uhr FROITZHEIM, Bushaltestelle
- 11.10 Uhr FRANGENHEIM, Bushaltestelle
- 11.15 Uhr SOLLER, ggf. auch zuerst Anfahrt und dann diese Route umgekehrt

So ist gewährleistet, dass Mitfahrer für den Vettweißer Tisch auch bis 12.00 Uhr vor Ort sein können. Jetzt wird man uns entgegengehalten, dass Jakobwüllesheim, Disternich und Sievernich fehlen. Wir denken aber, dass eine Eingliederung auch dieser drei Orte in eine solche Tour kein Problem darstellen sollte. Die Fahrer sind da, die Busse sind da, die Caritas steht der Sache positiv gegenüber, wo liegt also das Problem? Warum ist man nicht zu Gesprächen bereit? Wie sagte doch der Bürgermeister in der letzten Ratssitzung: Man muss auch mal mutig sein. (J.O.)

Alte Molkerei Vettweiß

In der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause stand auf der Agenda u.a. die Möglichkeit des Erwerbs der alten Molkerei in Vettweiß – im Tausch gegen eine andere Liegenschaft im Gemeindebesitz. Die SPD-Fraktion war anfangs schon etwas überrascht, wie weit die Gedanken in diese Richtung seitens

Bürgermeister und Verwaltung gediehen waren, aber die Idee hatte und hat auch ihren Charme, woraus wir kein Hehl gemacht haben. Historisch und räumlich gehören Rathaus und alte Molkerei zusammen und diese Lage hat auch für eine Nutzung durch Vereine, Jugendliche und die Verwaltung mehr als nur Charme. Das Gebäude neben dem Rathaus ist aber auch nun einmal in die Jahre gekommen, hat verschiedenen Nutzungen gedient und muss angepasst, renoviert und modernen Sicherheitsbestimmungen angepasst werden. Da ist es nicht mit einer pauschal veranschlagten Summe von 200.000 € für Brandschutz und Sonstiges – wie im Öffentlichen Teil von der Verwaltung propagiert – getan. Unsere eindringliche Bitte zielte daher auch darauf ab, dass die zu erledigenden Arbeiten identifiziert werden und mit Preisen gewichtet werden müssen, um zu sehen, was auf die Gemeinde, was auf uns als Bürger zukommt – so wünschenswert das ganze Unterfangen ist. Hinzu kommt, dass der Kreis Düren als Auflage für die Genehmigung unseres aktuellen Haushalts bestimmt hat, dass jede Einnahme (auch aus Verkauf von Immobilien) zur Minderung der Schuldenlast der Gemeinde zu verwenden ist. In diesem Zusammenhang muss es doch legitim sein, eine Abstimmung für das Projekt davon abhängig zu machen, wie die Kostensituation sich konkret darstellt. Wir haben es abgelehnt mit „Ja“ zu stimmen, da es uns solche Angaben zu vage sind „Rigipswände, bisschen verspachtelt“, Toiletten ist nicht viel“, Kinder bekommen etwas Farbe gekauft und richten es sich selbst her“, „man muss auch mal mutig sein“. Unserer Meinung nach kann man so nicht verantwortungsvoll mit den gemeindlichen Finanzen umgehen – seien wir froh, dass wir noch (?) nicht in der Realsteuer-Spirale des Kreises Düren mitkreisen...(JüRu“)

Das "Alles-wird-gut-Märchen"

Es war einmal eine kleine Gemeinde. Deren Wasser war mit Nitrat belastet, so stark, dass man es bald filtern musste um es noch trinken zu können. Seit vielen Jahren schon war dies bekannt und wurde auch im Rat der Gemeinde von einzelnen immer wieder als Problem angesprochen.

Mindestens 3 Jahre jedoch wurde das Thema unter den Tisch gekehrt. Eines Tages aber schrieb die Landesregierung der Gemeinde einen Brief. In dem



Brief stand, dass das Problem tatsächlich vorhanden sei und von der vielen Düngung herrühre, die zur Landwirtschaft notwendig ist. Endlich wurden im Rat auch alle anderen wach und fragten sich, was zu tun sei.

Viele Experten wurden eingeladen und gehört. Sie alle sagten das Problem lässt sich nicht schnell beseitigen. „Selbst wenn wir jetzt anfangen, wird es Jahre dauern bis das Wasser besser wird.“ Da stritten sich die Fraktionen im Rat, was zu tun sei. „Wir halten doch alle Gesetze ein und können nicht viel mehr tun“, sagten die mit den meisten Leuten in ihren Reihen.

„Wir müssen aber jetzt was ändern, wenn wir wollen, dass es irgendwann besser wird, dann müssen wir eben daran arbeiten, dass Gesetze geändert werden“, sagten die anderen. „Lasst uns das doch gemeinsam versuchen, dann sind wir stärker.“

Doch gemeinsam wollte die Fraktion mit den vielen Leuten anscheinend nicht. Lieber schrieb sie einen Brief an die Bewohner; dass die anderen im Rat "Politische Polemiken" und "Blinde(n) Aktionismus" betreiben würden. Sie allein wüssten nun, was zu tun sei, nachdem sie jahrelang gar nicht fanden; dass das Thema interessant genug für den Rat sei.

Aber jetzt wollten sie handeln:

- Das Wasserschutzgebiet soll ausgeweitet werden. (Leider wird dies laut Experten allein so gut wie nichts bringen.)
- Weitere Ursachenermittlung und Situationsanalyse soll betrieben werden. (Klingt gut und ist auch nicht grundsätzlich falsch, ändert aber rein gar nichts am Problem.)
- Die Wasserkooperation soll auf freiwilliger Basis intensiviert werden. (Wäre ja wünschenswert wenn das funktionieren würde. Leider sprechen die Erfahrungen der letzten 25 Jahre dagegen.)

So kam es, dass schon wieder ein halbes Jahr vergangen war und nichts besser wurde, außer vielleicht, dass das Problem endlich erkannt war. Das Wasser wurde in der Zeit wohl nicht besser und bald müsste man anfangen zu filtern. Und die Filter sind teuer und die Bürger würden dies bezahlen müssen.

Wie die Geschichte zu Ende geht, wenn wir uns nicht zusammensetzen und etwas ändern, wollen Sie wissen?

...Und wenn sie nicht gestorben sind,
dann zahlen sie noch heute...

(A.K.)

